



LEBENSFREUDE IN BAD HONNEF - ABER WIE?

Wohnungsbau nicht auf Kosten von Grün- und Sportflächen

>>> Der Sommer in diesem Jahr war sehr heiß und sehr trocken, der Klimawandel deutlich zu fühlen. Wenn wir ihn aufhalten wollen, sind wir alle gefragt. Aber auch unsere Stadt muss handeln – weniger Autos, mehr öffentlicher Nahverkehr, bessere, vernetzte Fahrradwege. Und vor allem: Ausreichend Grünflächen, die das CO2 "schlucken" und auch darüber hinaus klimaschonend wirken. Wer im August bei 36 Grad auf einer schattigen Bank in einem Park etwas Atem holen konnte, der spürte, dass Grünflächen viel mit Lebensqualität zu tun haben.

Die SPD forderte schon vor Jahren einen Grünplan für Bad Honnef als Grundlage für die Stadtentwicklung. Im neuen integrierten Stadtentwicklungsplan ist von Grünflächenausbau aber nicht die Rede – nur davon, wo man Grün-, Spiel- und Sportflächen zugunsten von Bauland verkleinern könnte. Die anstehende Verschönerung von Grafenwerth darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass besonders in der Innenstadt mehr Grün nötig ist.

Bad Honnef will wachsen und dafür braucht die Stadt bezahlbaren Wohnraum. Hohe Mieten sind längst nicht mehr ein Thema nur in Großstädten. Die SPD fordert deshalb seit langem, in Neubaugebieten ein Viertel der Wohnungen öffentlich zu fördern, um sie preisgünstig vermieten zu können. Inzwischen hat der Stadtrat erkannt, dass bezahlbarer Wohnraum ein dringliches Thema ist. Allerdings möchte er ihn schaffen ohne Rücksicht auf Grün- oder Gemeinschaftsflächen: So sollen Sportflächen verkleinert oder komplett zugebaut werden (Stadion am Menzenberg, Sportgelände an der Königin-Sophie-Straße), obwohl das kommunale Prüfungsamt schon jetzt einen zu geringen Anteil an Sport- und Spielflächen in unserer Stadt bescheinigt.

Die SPD ist dafür, vorrangig andere Baulandpotentiale in den Blick zu nehmen – den Honnefer Süden und Aegidienberg. Damit blieben gewachsene Grün- und Sportflächen erhalten und dort wäre auch Wohnen ohne große Lärm- und Schmutzbelastung möglich –

ganz im Gegensatz zum Plan der Stadt, im Stadtpark Nord unmittelbar neben Auto- und Eisenbahn preiswerten Wohnraum zu schaffen.

Gegen diesen Plan, in naher Zukunft Teile des Stadtparks Nord zu Bauland zu machen, hat sich eine Bürgerinitiative gewehrt – mit einem Bürgerbegehren, dem sich schließlich über 4000 Bürger*innen unserer Stadt angeschlossen haben. Die SPD hat diese Initiative unterstützt, weil preiswerter Wohnraum direkt an Auto- und Eisenbahn und auf Kosten einer der wenigen innerstädtischen Grünflächen nun wirklich kein guter Plan ist. Nebenher: Ist bei Sozialwohnungen dieses „Lebensfreude verbürgt“ außer Kraft? Unsere Stadtverwaltung sollte sich über das Engagement so vieler Bürger*innen freuen und entsprechend handeln. Wir von der SPD Bad Honnef suchen das Gespräch mit allen Engagierten und Interessierten, um gemeinsam zukunftsweisende und nachhaltige Ideen zu entwickeln.

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT - WIR FEIERN!

>>> Vor hundert Jahren durften Frauen und Männer zum ersten Mal geheim und direkt wählen und gewählt werden. Das Reichswahlgesetz von 1918 machte es möglich. Ein großer Erfolg besonders für die Frauen, die damals von den Sozialdemokraten in ihrem langen Kampf um Emanzipation und

Gleichberechtigung unterstützt wurden. Ihre Chance auf politisches Mitwirken nutzten 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen. Obwohl es heute noch genug zu tun gibt in Sachen Gleichstellung, das hohe Gut des Wahlrechts hat den Grundstein für die Gleichberechtigung gelegt. Das wollen

wir feiern mit Informationen, Essen, Trinken und Tanzen:

Fr., 30. Nov., ab 19 Uhr im Bürgerhaus am Aegidiusplatz 10 in Aegidienberg. Eintritt frei. Um Anmeldung wird gebeten: www.spd-sankt-augustin.de/termin/100-jahre-frauenwahlrecht/



BESSERES PARKRAUMKONZEPT FÜR BAD HONNEF

SPD fordert weiterhin die Revision des städtischen Parkraumkonzeptes

>>> In der Ratssitzung vom 02.02.2017 hat die SPD-Fraktion das von der Verwaltung zur Regelung des stehenden Verkehrs vorgelegte Parkraumkonzept in Gänze abgelehnt. Trotz der durch die SPD aufgezeigten systemischen Fehler wurde das Konzept von der Ratsmehrheit beschlossen. Lediglich die Zusage der Verwaltung, zu gegebener Zeit eine Evaluation durchzuführen, konnte erreicht werden.

Nicht zuletzt durch den gemeinschaftlichen Druck der Bad Honnefer Öffentlichkeit und der SPD wurde diese Evaluation vorzeitig durchgeführt und die Ergebnisse am 4.10.2018 dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr vorgestellt. Die Folien dazu können auf der Rathaus-Homepage unter www.bad-honnef.de eingesehen werden.

Die SPD Bad Honnef steht auch den Ergebnissen dieser Evaluation sehr kritisch gegenüber und würde es begrüßen, wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit zur Information

auf der städtischen Homepage nutzen und sich mit kreativen, bürgernahen Vorschlägen bei ihr melden, um „so die Fraktion bei ihrem Kampf um eine optimale Lösung für Bürger/innen und Besucher/innen unserer schönen Stadt auch weiterhin wirkungsvoll zu unterstützen“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Guido Leiwig.

Zentrale Ziele bei der Optimierung der Parkraumsituation in Bad Honnef sind für die SPD:

- die effizienteste Nutzung der vorhandenen Parkplätze
- die Erleichterung der Parkplatzsuche in der Innenstadt
- die Sicherung des Anwohnerparkens in Wohnungsnähe
- die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Handel, Dienstleistern und übrigen Gewerbe
- die Förderung einer positiven Willkom-

menkultur für Besucher/innen von Bad Honnef

- die gute Anbindung entfernterer Parkmöglichkeiten an den Nahverkehr zur Innenstadt

In diesem Sinne freut sich die SPD in Bad Honnef auf jede Anregung aus der Bürgerschaft.

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählte und schärfte Profil **Seite 2**

Schwarz-Grün im Kreis steht beim **Wohnungsbau** auf der Bremse **Seite 3**

Wohnungsbau nicht auf Kosten von **Grünflächen** **Seite 4**

SPD Bad Honnef feiert das **Frauenwahlrecht** **Seite 4**



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Juso-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). Kassiererin ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flöer (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übriggeblieben.